

Beschluss des Parteirates

6 November 2006, Berlin

Grüne

Für realistische Antworten auf den radikalen Klimawandel

Der Kampf gegen den Klimawandel gehört ins Zentrum der Politik

Der Klimawandel ist Realität. Monat für Monat erreichen uns neue Meldungen über seine dramatischen Folgen. Das Abschmelzen des arktischen Eises, der weltweite Schwund der Gletscher, der Anstieg des Meeresspiegels, die Verschiebung von Vegetationszonen, Stürme, Überschwemmungen und Dürreperioden sind nur einige der schlimmsten Konsequenzen. Auch Europa ist schon jetzt massiv betroffen: Hitzewellen werden langsam zur Normalität, mit dramatischen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, für Land- und Forstwirtschaft, für die Energie- und Wasserversorgung. Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Wetterkapriolen ist nicht mehr von der Hand zu weisen.

Die menschliche Verantwortung für die globale Erwärmung wird nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt. Die Gewissheit nimmt zu, dass der Klimawandel noch drastischer verlaufen wird als bisher angenommen. Die globale Temperatur ist bisher um durchschnittlich 0,8 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten gestiegen. Die Klimawissenschaft warnt davor, dass sie bis zum Jahr 2100 sogar um bis zu 4,5 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten steigt, wenn nicht gehandelt wird. Der Meeresspiegel wird weltweit um mindestens einen Meter ansteigen. Und auch für Deutschland werden bis zum Ende des Jahrhunderts um mindestens 2-3 Grad Celsius höhere Temperaturen prognostiziert.

Vom Klimawandel in besonderer Weise betroffen sind die armen Länder, obwohl sie selbst nur einen kleinen Teil zur Verursachung des Problems beitragen. Ihre Bevölke-



rungen leiden unmittelbar an den Folgen der Erderwärmung und sind nur unzureichend dazu in der Lage, sich gegen diese zu schützen. Es ist deshalb erforderlich, dass die Industriestaaten den Entwicklungsländern dabei helfen, sich klimaverträglich zu entwickeln und sich an unabwendbare Klimaveränderungen anzupassen.

Der Klimabericht des ehemaligen Weltbank-Chefökonomens Sir Nicholas Stern warnt vor drohenden Schäden in Höhe von fünf bis zwanzig Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Doch die gute Nachricht ist: Der Nutzen aktiver Klimapolitik übersteigt die Kosten des Nichtstuns um ein Vielfaches. Eine anspruchsvolle Klimapolitik verhindert das ökonomische Desaster. Bis zum Jahr 2100 beugt jeder eingesetzte Euro für Klimaschutz bis zu zwanzig Euro an Klimaschäden vor. Die politische Antwort kann daher nur lauten: jetzt handeln und den Ausstoß klimaschädlicher Gase weltweit schnell und drastisch senken. Um das Allerschlimmste zu verhindern, muss der Anstieg der globalen Erwärmung auf maximal zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten begrenzt werden. Deshalb müssen die globalen Treibhausgase bis 2050 mindestens halbiert werden. Die Industrieländer müssen dafür ihre Emissionen um 60-80 Prozent reduzieren.

Dem Gegenwind zum Trotz: Das Kyoto-Protokoll ist erfolgreich

Der globale Klimaschutz braucht das Völkerrecht. Das Kyoto-Protokoll ist zwar im Verhältnis zur Aufgabe ein noch kleiner, aber dennoch wichtiger erster Schritt. Zwar sind bedeutende Akteure wie die USA bislang nicht dabei. Doch die im Protokoll für 2012 vereinbarten Ziele können von den Unterstützern des Abkommens erreicht werden. Deshalb ist das Kyoto-Protokoll ein Erfolg für den Klimaschutz. Allen ist aber klar, dass zur Bekämpfung des Klimawandels die bisherigen Ziele bei weitem nicht ausreichen. Wir brauchen daher schnellstmöglich den Nachfolger *Kyoto-Plus*, der der gewaltigen Herausforderung des Klimawandels gerecht wird und einen wirksamen, langfristigen Rahmen zur Senkung der Treibhausgase setzt.

Nächste Klima-Etappe Nairobi: *Kyoto-Plus* vorbereiten

Von der heute beginnenden UN-Klimakonferenz in Nairobi muss ein Schub für den internationalen Klimaschutz und für die Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls ausgehen. Ziel muss es sein, bis spätestens 2008 ein *Kyoto-Plus* für die Zeit nach 2012 auszuhandeln. Dabei muss es schärfere und weiterhin absolute Reduktionsziele für die Industrieländer geben. Auch die großen Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien müssen ihrer wachsenden Verantwortung für den Klimaschutz stärker als bisher nachkommen. Vor allem muss endlich auch der internationale Schiff- und Flugverkehr in den globalen Klimaschutz einbezogen werden. Schließlich ist es geboten, dass in Ergänzung zum Kyoto-Prozess Technologieoffensiven für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, für die Energieeinsparung und für die Energieeffizienz entwickelt werden.

Positive Signale aus den USA aufgreifen und verstärken

Noch immer sind die Vereinigten Staaten mit nur 4 Prozent der Weltbevölkerung für rund 25 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich und damit der weltweit größte Klimasünder. Wir fordern, dass die USA endlich ihrer klimapolitischen Verantwortung nachkommt. Gute Ansätze kommen dazu bereits von verschiedenen Ebenen jenseits der Bush-Administration. So hat sich Kalifornien das ehrgeizige Ziel gesetzt, seine Emissionen bis 2020 um 25 Prozent zu senken und dafür den Emissions-

handel einzuführen. Auch die *Regional Greenhouse Gas Initiative (RGGI)* von bislang sieben Staaten im Nordosten der USA will ein eigenes Emissionshandelsystem aufbauen. Das Klimabündnis der Bürgermeister vieler Großstädte und Kommunen gehört ebenso zu den hoffnungsvollen Signalen wie die *Apollo Alliance*, ein Bündnis fast aller Umweltorganisationen und Gewerkschaften, oder etwa die große Resonanz auf den Film von Al Gore über *Eine unbequeme Wahrheit* des Klimawandels. Wir wollen diese positiven Ansätze unterstützen und hoffen, dass sie ein kritisches Momentum erreichen, um dem Klimaschutz auch auf Bundesebene oder im anstehenden Präsidentschaftswahlkampf zu mehr Einfluss zu verhelfen.

Europa und Deutschland als glaubwürdige Vorreiter

Deutschland und die EU müssen beim Klimaschutz wieder glaubwürdige Vorreiter werden. Vor allem Deutschland steht im nächsten Jahr mit seinem EU- und G8-Vorsitz in besonderer Verantwortung. Die G8-Präsidentschaft muss genutzt werden, um die internationalen Klimaverhandlungen voranzubringen. Insbesondere müssen die USA wieder konstruktiv in den UN-Klimaschutzprozess eingebunden und eine mögliche Abkehr Kanadas vom Kyoto-Protokoll verhindert werden. Seinen EU-Vorsitz muss Deutschland unbedingt dafür nutzen, ein neues EU-Klimaschutzziel zu vereinbaren: Die Senkung der Treibhausgasemissionen der EU bis 2020 um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990. Um dieses von den EU-Partnern glaubwürdig einzufordern, muss Deutschland überzeugend und mit gutem Beispiel vorangehen.

Neues nationales Klimaschutzziel: Minus 40 Prozent bis 2020

Deutschland hat noch die Chance, sein Klimaziel zu erreichen, den Ausstoß der Treibhausgase bis 2012 um 21 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Doch ohne zusätzliche Anstrengungen wird dieses Ziel verfehlt. Die unter Rot-Grün erfolgreich eingeleitete Politik des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, des Energiesparens und der Erhöhung der Energieeffizienz muss daher konsequent fortgesetzt werden. Nach einem Jahr Regieren fällt Schwarz-Rot allerdings dadurch auf, dass Rhetorik und tatsächliches Handeln für mehr Klimaschutz weit auseinanderklaffen. Was wir vor allem vermissen, ist ein klares Bekenntnis der großen Koalition zur deutschen Vorreiterrolle beim Klimaschutz. Wenn Deutschland klimapolitisch weiter glaubwürdig sein will, muss es seine Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Deshalb muss es die erste Amtshandlung des deutschen EU-Vorsitzes im Januar 2007 sein, ein solches neues Klimaschutzziel für 2020 zu beschließen.

Atomkraft ist kein Klimaschutz

Der Versuch der Atomlobby den Klimawandel für eine Renaissance der Atomkraft zu nutzen, wird scheitern. Sollte diese Energieform einen auch nur bescheidenen Beitrag zum Klimaschutz leisten, müssten in den nächsten Dekaden Tausende neuer Atomkraftwerke gebaut werden. Die Folge einer solchen Strategie wären gewaltige Risiken von Unfallgefahren bis zum militärischen Mißbrauch, gigantische Mengen an Atommüll und eine unvermeidbare Geldverschwendung. Würde man die gewaltigen Schattensubventionen für die Atomkraft, vor allem die weitgehende Freistellung von Haftungsrisiken, abschaffen, wäre sie schon heute nicht mehr wettbewerbsfähig. Atomkraft ist kein Klimaschutz, sondern ein umwelt-, energie- und wirtschaftspolitischer Irrweg.

Emissionshandel als Lackmustrtest für die Glaubwürdigkeit von Schwarz-Rot

Die klimapolitische Glaubwürdigkeit der Bundesregierung steht und fällt aktuell mit dem Emissionshandel. Ihr Vorschlag für den zweiten Nationalen Allokationsplan (NAP II) wird den Belangen des Klimaschutzes in keiner Weise gerecht. Die Tatsache, dass die Unternehmen bis 2012 Jahr für Jahr mehr Emissionsrechte erhalten sollen als sie noch in 2005 ausgestoßen haben, ist ein klimapolitischer Widersinn erster Güte. Einen gravierenden Fehler macht Bundesumweltminister Gabriel auch damit, wenn er den Unternehmen weiterhin eine Gratisausstattung der Zertifikate garantieren will statt zumindest die rechtlich möglichen zehn Prozent zu versteigern. Die Versteigerung würde stärkere Anreize für klimafreundliche Investitionen setzen und einen Teil der ungerechtfertigten Extraprofite der Stromkonzerne abschöpfen. Schließlich fehlt im NAP II auch ein klarer Anreiz für einen Brennstoffwechsel hin zu klimafreundlicheren Energien. Kohlekraftwerke sollen doppelt so viele Emissionsrechte erhalten wie Gaskraftwerke. Neu gebaute Kohlekraftwerke sollen für 14 Jahre sogar von jeglicher Reduktionspflicht ausgenommen werden. Alles in allem redet die Bundesregierung viel vom Klimaschutz, aber macht sich zum Anwalt der Kohle-Lobby. Mit einem solchen NAP II verliert Schwarz-Rot jegliche klimapolitische Glaubwürdigkeit.

Für einen Klimaschutz auf Augenhöhe der Herausforderungen brauchen wir eine radikale nationale Klimapolitik und eine deutsche und europäische Vorreiterrolle. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher:

1. Neues nationales Klimaziel – minus 40% bis 2020: Erste Amtshandlung der Bundesregierung für ihren EU-Vorsitz muss sein, ein neues nationales Klimaziel zu verkünden, die Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent und in einem zweiten Schritt bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Das wäre ein klares Zeichen für Klimaschutz auf Augenhöhe der Herausforderungen und ein starkes Signal an die EU-Partner.

2. Mehr Klimaschutz mit dem Emissionshandel: Die Vorschläge der Bundesregierung für den zweiten Nationalen Allokationsplan (NAP II) sind ein klimapolitisches Desaster. Vor allem in drei Punkten muss in den parlamentarischen Beratungen nachgebessert werden: Erstens, es müssen zehn Prozent aller Rechte ab 2008 versteigert werden. Zweitens, das Klimaschutzziel für den Emissionshandel muss von 482 auf höchstens 464 Mio. Tonnen pro Jahr gesenkt werden. Drittens muss die 14-jährige Befreiung neuer Kraftwerke von jeglicher Minderungspflicht entfallen und ein brennstoffunabhängiger Benchmark für die Stromerzeugung eingeführt werden.

3. Die Stromkonzerne beim Wort nehmen – Kohlekraftwerke mit CO₂ Abscheidung.: Die Stromkonzerne müssen beim Wort genommen werden. Deshalb muss die Bundesregierung auf dem nächsten Energiegipfel mit der Energiewirtschaft vereinbaren, den Bau neuer Kohlekraftwerke mit der technischen Realisierung der CO₂ – Abscheidung zu verbinden. Bisher sind jedoch nur diverse Pilot- und Demonstrationsvorhaben in Bau oder Vorbereitung. Es darf kein Kohlekraftwerk mehr genehmigt werden, ohne optimalen Wirkungsgrad und Kraft-Wärme-Kopplung, sowie ohne die Möglichkeit zur Nachrüstung für CO₂ – Abscheidung.

4. Mehr Klimaschutz bei Verkehr und Haushalten: Verkehr und Haushalte fristen unter Schwarz-Rot ein klimapolitisches Schattendasein. Bessere Initiativen für mehr Klima-

schutz wie der Energieausweis für Gebäude werden verwässert, andere wie die Reform der Kfz-Steuer oder die Förderung regenerativer Wärme immer wieder verschoben. Wir brauchen aber endlich konkrete Maßnahmen:

- eine am CO₂-Ausstoß orientierte Kfz-Steuer
- verbindliche Grenzwerte für den Spritverbrauch von Pkw
- einen Spritpass für Autos mit klarer Angabe über den Verbrauch
- ein Gesetz zur Förderung von Wärme aus erneuerbaren Energien
- einen Klimaschutzfonds für mehr Energieeffizienz in Unternehmen und Haushalten
- ein Top-Runner-Programm für supereffiziente Elektrogeräte, die die jeweils marktbeste Technologie zum Standard macht
- mehr Geld für Forschung und Markteinführung der Erneuerbaren Energien, finanziert durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen.
- Die Einbeziehung des Luftverkehrs in das europäische Emissionshandelsystem

5. Mehr Klimaschutz in Europa: Die EU muss sich zu einer Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent und bis 2050 um 60-80 Prozent gegenüber 1990 verpflichten. Für diesen Schritt ist es von enormer Bedeutung, dass Deutschland sich ein neues nationales Klimaziel von minus 40 Prozent bis 2020 setzt. Klimaschutz braucht glaubwürdige Vorreiter, die zeigen, dass die Bekämpfung des Klimawandels keine Bürde, sondern eine echte Chance ist. Deutschland muss seinen EU-Vorsitz 2007 intensiv dafür nutzen, die EU insgesamt auf eine erneuerte Vorreiterrolle in der internationalen Klimaschutzpolitik einzuschwören. Die EU muss sich einen ehrgeizigen Kontrollmechanismus für die Umsetzung der Klimaziele schaffen. Deutschland soll einen Vorschlag machen, wie die europapolitische Verbindlichkeit des Kyoto-Protokolls durchgesetzt werden kann.

6. Den Kyoto-Prozess umsetzen: Die noch verbleibende Zeit bis 2012 muss international dazu genutzt werden, das Kyoto-Protokoll umzusetzen und die vereinbarten Minderungsziele zu erreichen. Die beiden großen Verweigerer USA und Australien müssen ihre Blockade beenden und sich wieder am globalen Klimaschutz beteiligen, das Ausseren Kanadas aus dem Kyoto-Prozess abgewendet werden. Unabhängig davon muss die Staatengemeinschaft das Kyoto-Protokoll weiterentwickeln.

7. Den Grundstein für *Kyoto-Plus* legen: Die Bundesregierung muss die Chancen, die sich mit ihrem EU- und G8-Vorsitz bieten, für mehr Klimaschutz in der internationalen Staatengemeinschaft nutzen. Doch schon jetzt muss in Nairobi der Grundstein für *Kyoto-Plus* gelegt werden: mit ambitionierten, mittel- und langfristigen Klimazielen, der wachsenden Verantwortung großer Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien für den Klimaschutz, der Einbeziehung des Flug- und Schiffsverkehrs und der Ergänzung um Technologieoffensiven für den Ausbau der erneuerbaren Energien, der Energieeinsparung und der Energieeffizienz. Die Bundesregierung muss ihr Handeln darauf ausrichten, dass bis zum Jahr 2008 die Architektur für ein *Kyoto-Plus* steht.

8. Klimaschutz in den USA unterstützen: Die verschiedenen Aktivitäten in einzelnen US-Bundesstaaten – vor allem in Kalifornien und den Nordoststaaten -, in den Städten und Kommunen, im Kongress und in Teilen der Wirtschaft bieten Anlass zu neuem Optimismus. Diese Entwicklungen müssen unterstützt werden, z.B. durch konkrete Klima-Partnerschaften von Deutschland und der EU mit Kalifornien oder der *Regional Green-*

house Gas Initiative (RGGI). Die EU muss eine Initiative für einen transatlantischen Emissionshandel auf den Weg bringen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, den Klimaschutz ins Zentrum ihrer Politik zu rücken. Wir brauchen eine konsequente, ambitionierte Klimapolitik mit klaren Zielen und einem verlässlichen Rahmen. Es darf keine falsche Rücksichtnahme auf vermeintliche ökonomische Sachzwänge geben. Anspruchsvolle Klimapolitik ist zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik. Klimapolitik ist auch Sicherheitspolitik, denn der Klimawandel ist die größte Bedrohung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die einzige Partei, die konsequent für eine zukunftsweisende Klimaschutz- und Energiepolitik steht. Wir wollen Deutschland weg vom Öl bringen und hin zu erneuerbaren Energien. Anspruchsvolle Klimapolitik nutzt der Umwelt, einer verantwortlichen wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und der Bewahrung der Zukunftschancen künftiger Generationen. Dieser Weg muss konsequent und radikal beschritten werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich mit aller Kraft dafür einsetzen.